

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,25 M. vierteljährlich, hiesig Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 16 Pfg. die Wochenzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Pettizeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 280

Freitag, den 29. November 1918.

35. Jahrgang.

## Das Programm der württ. Zentrumsparlei.

Die Zentrumsparlei in Württemberg veröffentlicht folgende Kundgebung:

Die politische Entwicklung in Württemberg wie in ganz Deutschland und im benachbarten Deutsch-Oesterreich läßt die Wiederherstellung der Monarchie als ausgeschlossen erscheinen. Jeder Versuch ihrer Wiederherstellung wäre gleichbedeutend mit der Herausbeschwörung eines verhängnisvollen Bürgerkriegs. Das Gebot der Gegenwart fordert eine Staatsform, welche den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des württ. Volkes entspricht: die demokratisch-republikanische Staatsform, die in einer gesetzgebenden Körperschaft und einer parlamentarischen Regierung ihren Ausdruck findet.

Am einzelnen stellen wir folgende Forderungen auf:

### 1. Verhältnis zum Reich.

Wir halten treu zum Reich und zur Heimat. Eine Verwandelung des Reichs in einen Einheitsstaat lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab: Württemberg muß als selbständiger Staat erhalten bleiben. Das System der in Berlin zentralisierten Kriegsgesellschaften, das während des Kriegs nur allzuviel berechtigte Beschwerden hervorgerufen hat, muß so rasch wie möglich verschwinden.

### 2. Verfassungspolitisch.

Wir verlangen den Aufbau der Landesverfassung auf demokratischer Grundlage im Geiste einer hochsinning erfassten staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung. Allen ohne Unterschied des Geschlechts und ohne Rücksicht auf das politische und religiöse Bekenntnis muß der ungehinderte Ausdruck ihrer Ueberzeugung gleichmäßig gewährleistet werden. Die Diktatur einer einzelnen Partei oder Parteigruppe oder einer Gesellschaftsklasse weisen wir aufs schärfste zurück.

Die Frage der Staatsvereinfachung muß rasch gefördert und die Mitwirkung von Laien auf die höheren Verwaltungsinstanzen ausgedehnt werden.

Für die Wahl zur Landesversammlung ist

die volle Freiheit der Wahlvorbereitung und Stimmabgabe ein wesentliches Erfordernis.

### 3. Kulturpolitisch.

Gesetzgebung und Verwaltung, das ganze öffentliche Leben muß von dem Geist eines lebendigen Christentums durchdrungen sein. Das einträchtige Zusammenwirken von Staat und Kirche ist heute notwendiger als je. Wir treten deshalb allen Bestrebungen auf Trennung von Staat und Kirche entgegen. Wir fordern die Freiheit und staatliche Gleichberechtigung der Kirchen, auch aller Orden und Kongregationen und der kirchlichen Einrichtungen.

Schutz der Ehe und Familie, Bekämpfung der Ehescheidungen und nachdrückliche Förderung aller Bestrebungen auf Erhaltung des Kinderlebens in der Familie, Kampf gegen die sittliche Verwilderung und Verführung des Volkes durch Schmutz- und Schundschriften, sowie durch schamlose Theater- und Kinoaufführungen.

Schwere Kämpfe stehen uns auf dem Gebiet der Schule bevor. Maßgebend für uns ist auf diesem Gebiet das elterliche Erziehungsrecht und das Recht der Kirche auf Erhaltung der konfessionellen Volksschule und der Gewährung rechtlicher Garantien für die Freiheit des Privatunterrichts. Wahrung der landesrechtlichen Zuständigkeit für Unterricht und Erziehung, auch für die schulentlassene Jugend. Der Aufstieg begabter Volksschüler in höhere Schulen ist durch staatliche Mittel zu fördern. Das Einjährig-Freiwilligen-System ist abzuschaffen.

### 4. Sozialpolitisch.

Die öffentliche Ordnung ist wesentlich bedingt durch staatliche und gesellschaftliche Wahrung der sozialen Gerechtigkeit. Freiheitlicher Ausbau der Rechtspflege im Sinne fortschreitender sozialer Gerechtigkeit und erhöhten wirtschaftlichen Schutzes gegen Wucher, unlauteren Wettbewerb und Schwindel aller Art; Zuziehung des Laienlements (Schöffen) zu den höheren Gerichten.

Hochherzige Fürsorge für franke und beschädigte Kriegsteilnehmer, sowie für die Hinterbliebenen der Gefallenen.

Großzügige Wohnungs- und Siedlungspolitik. Erhaltung und Stärkung eines lebenskräftigen Mittelstands, der durch den Krieg am meisten gelitten hat. Für den Handwerkerstand kommt ganz besonders die Anweisung von Kapital, Rohstoffen und öffentlichen

Arbeiten, sowie die Förderung des Lehrlingswesens in Betracht.

Für die Landwirtschaft beantragen wir die Einführung einer berufständischen Vertretung mit weitgehender Selbständigkeit, Erleichterung des landwirtschaftlichen männlichen und weiblichen Nachwuchses, des Vereins-, Genossenschafts- und Kreditwesens, Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Parzellierung unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes unter entsprechender Entschädigung, sowie wesentliche Einschränkung des Fideikommissrechts.

Der Arbeiter- und Angestelltenstand ist als gleichberechtigter Faktor in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung anzuerkennen. Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit (Notstandsarbeiten), weitherzige Durchführung der neuen Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge, organischen Ausbau des Arbeitsnachweises, Schutz der einheimischen Arbeiterschaft, Förderung des gewerblichen Eingungswesens, erhöhter Jugendschutz, Beschränkung der gewerbmäßigen Beschäftigung verheirateter Frauen und Beibehaltung der Wochenruhe.

Für die staatlichen Beamten und Unterbeamten, sowie für die Lehrer, fordern wir eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende Beibehaltungspolitisch, zeitgemäße Entwicklung des Dienstrechts, sowie eine freiheitliche Ausgestaltung des Disziplinarverfahrens und die Einführung von Ausschüssen und Kammern. Die Angestellten und Arbeiter in den Staatsbetrieben sollen mit den Arbeitern in Privatbetrieben in arbeitsrechtlicher Beziehung gleichgestellt werden und ein ausreichendes Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten.

### 5. Finanzpolitisch.

Ausbau der Steuergesetzgebung, insbesondere des Einkommen- und Vermögenssteuergesetzes, nach sozialen Gesichtspunkten. Insbesondere ist die Familie und Kinderzahl noch mehr als bisher zu berücksichtigen. Eine restlose Erfassung der Kriegsgewinne ist schleunigst durchzuführen und der Steuerfucht wirksam entgegenzutreten. An der Sicherheit der Kriegsanleihen darf nicht gerüttelt werden.

## Ein Deutscher

von Otto Kuppius.

Kaum hatte er es sich bequem gemacht, als es neben ihm raufste und eine weibliche Gestalt, den Kopf in das Gebetbuch gebeugt, dicht an seiner Seite niederkniete. „Guten Morgen, Sir.“ Klang ihm Harriets leise Stimme in die Ohren. „Sie haben Ihre Sache gut gemacht. Nähen Sie der Kopf nicht — ich kenne Sie nur ganz oberflächlich und werde Sie nicht eher beachten, als bis Sie in unserer Familie eingeführt sind. Jetzt nur das Eine: Sagen Sie morgen dem Mr. Ellis, daß Sie in vierundzwanzig Stunden Gewißheit haben müssen. — Sie haben schon Freunde hier und die Gemeinde wird Sie nicht fort lassen, wenn sie auch Opfer zu bringen hätte. Halten Sie sich aber den Mr. Young von Leibe, der neben Ihnen stand; Sie müssen mir darin auch wieder ohne zu fragen, folgen — Amen!“ sagte sie laut mit der übrigen Gemeinde, „stehen Sie auf, aber sehen Sie mich nicht an!“

Reichardt hatte seinen Platz wieder eingenommen, ohne nur einen Blick nach dem Mädchen getan zu haben; fast wollte es ihm aber scheinen, als erhalte er eine Ahnung von einem der Gründe ihres Handelns, als er Youngs Augen auf das Mädchen gerichtet und sich dann mit dem deutlichen Ausdruck eines erwachenden Verdachtes nach ihm wenden sah. Jemand eine Beziehung mußte zwischen Beiden bestehen, sonst hätte sie sich kaum zu der eigentümlichen Warnung verleiten lassen.

„Sie kennen Miss Burton, Sir?“ fragte der junge Amerikaner leise, während er ein aufgeschlagenes Notenbuch auf das Orgelbrett legte. „Dies ist die Melodie, die der Chor für den nächsten Gesang anwendet.“

„Ich bin ihr nur ein einziges Mal flüchtig begegnet,“ erwiderte Reichardt lässig, eifrig bemüht, den Worten des Predigers zu folgen. „Wollen Sie aber nicht den ersten Gesang selbst spielen, damit ich, mich von dem

Können des Chors unterrichten kann?“ Er glitt von der Bank herab, die Young nach einer augenblicklichen Zögerung und nur wie durch die Notwendigkeit gedrängt einnahm.

Der Gesang begann. Reichardt hörte prächtige Stimmen, die aber sämtlich ihren eigenen Launen folgten, bald in der Melodie mitgingen, bald zu begleiten versuchten. Young an der Orgel gab sich alle Mühe, dennoch war keine Strophe ohne Fehlgänge, und als Reichardt, um seine Empfindung zu verbergen, den Kopf abwandte, trat er auf Harriets Gesicht, in dem der Hohn im vollsten Uebermüte spielte; Reichardt fühlte fast Mitleid mit dem unglücklichen Organisten.

„Ich spiele wohl sonst etwas besser,“ sagte dieser, beim Schluß die Bank verlassend, „aber ich habe nach Ihrer Einleitung den Mut verloren.“

„Lassen Sie nur, ich würde in Dingen, worin Sie Meister sind, noch viel schlimmer bestehen,“ erwiderte Reichardt gutmütig. „Abgesehen ist es schwierig genug, sich immer nach den Tönen Ihres Chors richten zu müssen.“

Young ließ einen jugendlichen Blick hinüberschweifen, wo Harriet stand. „Sie werden hier bleiben, Sir?“ fragte er wie hingeworfen.

„Kann im Augenblicke noch nichts sagen,“ erwiderte Reichardt leise.

„Sie waren doch, wie ich höre, hier bereits empfohlen?“ erwiderte Young aufsehend, und derselbe Ausdruck des Mißtrauens, den Reichardt früher bemerkt, machte sich wieder in seinem Auge geltend.

„Ich selbst wohl kaum, Sir,“ erwiderte Reichardt, den die Sorge des Amerikaners um sein Verhältnis zu Harriet zu interessieren begann, „jedenfalls nur meine musikalischen Fähigkeiten, die zufällig wahrgenommen wurden. Stehen Sie vielleicht Miss Burton, die mich empfahl, näher?“

Young schien diese Frage zu überhören, hob den Kopf und hörte aufmerksam auf den Geistlichen. „Dies ist das Gloria“ sagte er, auf das Notenbuch deutend, „wir werden in Kurzem zu beginnen haben!“ Als der Prediger geendet, setzte Reichardt in voller Kraft und lebhaft ein, schon nach den ersten Tönen den überraschten Chor mit sich fortziehend, bis dieser, als gewinne er neues Leben, das Tempo annahm und sich den Tönen anschloß. Als Reichardt am Schluß von der Bank glitt, trat ihn aus Harriets Augen ein helles Lächeln; aber auch Young schien es bemerkt zu haben, und ein tiefer Schalten legte sich zwischen seine Augen.

Die Predigt war vorüber, und als Reichardt nach einem „Ausgange“, der einen großen Teil der Gemeinde zurückgehalten hatte, den Vorplatz der Kirche betrat, sah er sich von dem Geistlichen in Empfang genommen und einigen Kirchenbesuchern zugeführt. Er hatte wieder vor freundschaftlichen Frauengesichtern wie vor dunkelblühenden Augen sich zu verbeugen, bis endlich ein hoher Mann an der Seite Harriets ihm entgegentrat. „Ich kenne Sie schon aus meiner Tochter Erzählung,“ sagte dieser, ihm die Hand drückend, „und wenn ich auch erst gemeint, das Mädchen habe einen ihrer tollen Streiche begangen, Sie ohne weiteres hier herunter zu versetzen, so sehe ich doch ein, daß sie dieses Mal klüger gehandelt, als ich ihr es zugetraut. Ich hoffe, wir werden Sie hier festhalten können, Sir, und es soll mich freuen, Sie in meinem Hause zu sehen!“

Er nickte ihm freundlich zu und wandte sich nach dem Prediger.

„Sie sind schon mehrere Tage hier, Sir?“ fragte Harriet, langsam vorwärts gehend; und als Reichardt an ihrer Seite hinschritt; begann sie, ihre Stimme dämpfend: „Was hatten Sie mit Mr. Young zu verhandeln? Verstanden Sie nicht, was ich Ihnen sagte?“

„Haben Sie Beziehungen zu dem Gentlemen, Miss?“ erwiderte er in derselben Weise.

# Die Umwälzung im Reich.

## Die Diktatur Eisners.

Zu der Erklärung Eisners, er werde jeden Verleht mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes der Reichsregierung (Solf, David, Erzberger, Scheidemann) abbrechen und zu dem gleichzeitigen Verlager des Volksgangschusses des Münchner Arbeiter- und Soldatenrats, die Mitglieder sofort zu entlassen, bemerkt die „Schwab. Tagwacht“: Das Vorgehen, das einen förmlichen „Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ mit dem Reich gleichkommt, muß als ein gänzlich ungerecht fertiger Versuch, die Reichsleitung zu terrorisieren, zurückgewiesen werden. Wenn in Süddeutschland scharfster Protest erhoben wurde gegen die angemessene Diktatur des Berliner Arbeiterrats, so geschah es gewiß nicht deshalb, um an Stelle der Berliner Diktatur die Diktatur Eisner und des Münchener Arbeiter- und Soldatenrats einzutauschen.

**Berlin, 27. Nov.** Der Volksgangrat des A- und S-Rates hat den Rat der Volksbeauftragten ersucht: 1. Schnellst zu veranlassen, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet; 2. unter Hinzuziehung von Mitgliedern des Volksgangrats für die Beschlagnahme und die Bewahrung aller die auswärtigen Angelegenheiten und aller das gestürzte Regierungssystem betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

## Tagung der Berliner Arbeiterräte.

**Berlin, 28. Nov.** In den Germania-Sälen fand gestern die Tagung der Arbeiterräte von Groß-Berlin unter Leitung des Volksbeauftragten Barth (Unabh.) statt. Der Vorsitzende führte aus, wenn es so weitergehe, wie in der letzten Woche, so sei die Revolution mit ihrem Latein zu Ende. Das Kriegszernährungsamt habe eine Bankrottspolitik getrieben. Die Kohlenförderung sei in den letzten vier Wochen auf weniger als ein Viertel des Friedensstands heruntergegangen. Trotzdem wurde in Oberschlesien gestreikt. Ebenso schlimm sei es in der Transportfrage. Neben dem Frieden müssen wir Arbeit und Brot bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Versuche einzelner Gruppen können nicht geduldet werden. Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit der Entziehung des Eigentums antworten. Auf dem Land müssen die Rittergüter sozialisiert werden. Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende. Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungertypus verödet sein.

Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abschluß des Waffenstillstands. Alle Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Vornehmlich auch noch Munition. Wir sind nicht feige genug, ruhig mitanzusehen, wie ein General mit einer Prätorianergarde die Revolution niederschlägt. Um Abhilfe zu schaffen, haben wir im Kabinett sofort die Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Berlin verlangt. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht und schließlich soll der General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden. Die Oberste Heeresleitung will aber unsere Forderungen beraten. General Gröner hat aber bereits erklärt, daß er selbstverständlich sich dem Kabinett fügen werde. Nach einem Jahr wird von der Affordarbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Uebergangszeit die normale Arbeitszeit sein.

**Bremen, 28. Nov.** Die hiesigen internationalen Kommunisten hielten 5 Versammlungen ab. Die Arbeiterschaft wurde aufgefordert, am Freitag in den allgemeinen Ausstand einzutreten. Dabei soll sie sich gegen die Nationalversammlung erklären, mit den russischen Bolschewisten Verbrüderung schließen, sofort die kommunistische Wirtschaftsordnung einführen, unter den Truppen des feindlichen Verbands für den Bolschewismus werben, die deutschen Soldaten entwaffnen und dagegen die revolutionäre Arbeiterschaft mit Waffen verbieten.

## Untersuchung gegen völkerrechtswidrige Behandlung der Kriegsgefangenen.

**Berlin, 27. Nov.** Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Anklage wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland beschlossen. Als Kommissionsmitglieder sind in Aussicht genommen: Staatssekretär a. D. Trimborn, die Unterstaatssekretäre Verstein (Reichsjustizamt), Dr. Cohn (Reichsjustizamt), der wirkl. Geheime Hiltbrand, Prinz zu Salm-Reichartshausen, Geh. Rat Dove, Professor Schilling-Marbuz (Vorpräsident), Birkel. Leg. Rat Eberhardt (Vertreter des Auswärtigen Amtes), Oberst v. Franke (Vertreter des Kriegsammtes), Kapitän a. S. Banfelow (Vertreter des Reichsmarineamtes). Die Kommission erhält das Recht, zur Verteidigung von Heizen die Berichte in Anspruch zu nehmen und die Schuldigen ohne Ansehen der Person vorbehaltlich evtl. strafrechtlicher Verfolgung aus dem Heere ohne Pension ausstoßen.

**Berlin, 28. Nov.** Die nach Millionen zu bewertenden Bestände des Großen Hauptquartiers in Homburg v. d. S. sind nach der „Südd. Ztg.“ seit einigen Tagen durch den Arbeiter- und Soldatenrat verpfändet worden. Für eine halbe Million sei bereits gestohlen gewesen.

## Keine Abtretung der Pfalz.

**Ludwigshafen, 27. Nov.** Eine Blättermeldung, daß man in der Regierung des Volksstaates Bayern bereits mit dem Verlust der Pfalz zu rechnen keine und geneigt sei, sie ihrem Schicksal zu überlassen, wenn sie nicht gar zu einem Handelsobjekt gemacht werden solle, ist nach einer der Korr. Hoffmann aus dem Ministerium des Innern zugegangenen Mitteilung als Lüge zu bezeichnen. Der Zweck einer solchen Lüge könne nur sein, daß gewisse Elemente sich aufschütten, sich aus irgend welchen geschäftlichen oder sonstigen Rücksichten von Bayern loszulösen und dafür einen Vorwand suchten, um den Abfall zu beschönigen.

## 114 Tauchboote ausgeliefert.

**London, 27. Nov. (Reuter.)** 27 deutsche Tauchboote sind heute in Harwich angekommen. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der abgelieferten Boote auf 114.

## Die Flottenabrüstung.

**Berlin, 27. Nov.** Für die in den deutschen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe bis zu den Torpedobooten einschließlich ist jede Aenderung des Standorts von der Genehmigung des englischen Flottenchefs abhängig. Ein großer Teil der in Danzig liegenden Kriegsschiffe und Torpedobooten hat mit der Abrüstung begonnen. Die Abrüstung ist sehr schwierig, weil die Besatzungen zum Teil die Arbeit verweigern und auf ihre sofortige Entlassung drängen. Zum Abtransport von Truppen aus Kehl ist eine Transportgruppe gebildet worden. Sie besteht aus den Dampfern Adolf Böhmann, Prinzessin und Pretoria.

## Eingreifen der Feinde in Deutschland?

**London, 28. Nov.** „Morning Post“ meldet, am 5. Dezbr. werde eine Konferenz der Verbündeten Schritte beraten zur politischen und militärischen Unterdrückung des in Deutschland sich ausbreitenden Bolschewismus, der mit steigender Besorgnis betrachtet werde. — Lord Lansdowne empfiehlt die Besetzung aller deutschen Hafenstädte, bis wieder gesellige Zustände hergestellt seien. — Die englischen Häfen sind seit Mittwoch Nacht gesperrt. (Nach jolländischer Meldung sollen Truppen auf das Festland überführt werden. Der Mailänder „Corriere della Sera“ berichtet, die englische Flotte liege unter Dampf. Es scheint, daß eine entscheidende Unternehmung gegen den Bolschewismus bevorstehe.)

## Die Franzosen im Elsaß.

**Berlin, 27. Nov.** Das Auswärtige Amt teilt mit: Aus Neuenburg in Baden telegraphiert Kreisdirektor Dall nach Mülhausen i. E.: Am 20. Nov. haben auf französischen militärischen Befehl der Kreis- und Polizeidirektor Dall, der Regierungsrat Fehr. v. Diebra und der Regierungsschreiber Dr. Potzla und der Regierungsschreiber Müller als höhere Beamte der Kreisdirektion Mülhausen ihr Amt niederlegen müssen. Der französische Administrator Gasser hat die Verwaltung der Kreis- und Polizeidirektion übernommen. — Dieses Verhalten steht im Widerspruch mit dem von der Besetzung zu zurückbleibenden deutschen Beamten gegebenen Versicherungen.

## Selbsthilfe im Osten.

**Berlin, 28. Nov.** Die „Deutsche Wtg. Ztg.“ meldet: Zur Abwehr der polnischen Einfälle werden von den Bürgern in Westpreußen freiwillige Schutzwehren gebildet.

**Vasel, 28. Nov.** Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß Prinz Leopold von Bayern und General Hoffmann in Kowno interniert seien.

## Die Polen.

**Berlin, 28. Nov.** Aus Wien wird der „Wst. Ztg.“ gemeldet, die Polen haben in Lemberg schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen begangen. Zwanzig Reichsdeutsche, darunter ein Stabsoffizier, seien gefesselt und unter unmenschlichen Mißhandlungen durch die Straßen geschleppt worden.

## Die schwarze Liste.

**Paris, 28. Nov.** „Homme Libre“, das Blatt Clemenceaus, veröffentlicht eine Liste von 27 hervorragenden Persönlichkeiten, die an den Verband zur Bestrafung ausgeliefert werden sollen; darunter befinden sich der Kaiser, der Kronprinz, Erzherzog, Capelle, Falkenhahn, General Hoffmann, Conrad v. Höpendorf u. a., dagegen nicht Hindenburg.

## Die Nationalversammlung.

**Berlin, 28. Nov.** Die „Germania“ schreibt: Es ist damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung schneller einberufen werden wird, als man bisher gedacht hat. Wenn die Reichsregierung sich nicht bald dazu entschließt den Wahltermin festzusetzen, dann werden — darauf deuten alle Anzeichen hin — unsere Feinde die Einberufung dem Deutschen Reich einfach diktieren. Die Frage, ob die kommende Nationalversammlung in Berlin tagen kann, muß, wie die Verhältnisse jetzt liegen, glatt verneint werden. Sie muß an einem Orte tagen, an dem das Nationalparlament ohne Beeinflussung und unabhängig von äußeren Einwirkungen seine Beschlüsse fassen kann.

Der „Vorwärts“ meint, daß Eisner mit seiner heftigen Sprache gegen die Vertreter des Auswärtigen Amtes der Reichsleitung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe. Warum von München aus der Bogen so überspannt werde, verstehe man in Berlin nicht. Mißtrauische Leute glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichszerrüttung einen billigen Frieden erkaufen.

## Von unseren Ostafrikalämpfern.

**Berlin, 28. Nov.** Das englische Kriegsministerium hat mitgeteilt, daß die deutschen Truppen in Ostafrika in Stärke von 155 Europäern, 1156 Askaris und etwa 3000 kaffischer Krieger, darunter 282 Häuptlinge, die Waffen gestreckt haben. Die Truppen werden in Abercorn am Südufer des Tanganyika-Sees gesammelt.

## Schulreform in Preußen.

**Berlin, 28. Nov.** Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Hoffmann) und Händel hat die geistliche Ortschulinspektoren in Preußen aufgehoben. Die Uebernahme durch die Kreis- und Schulinspektoren muß bis 31. Dezember vollzogen sein.

**Berlin, 28. Nov.** Präsident Graf Armin-Boitzenburg hat gegen die Widmung des Herrenhauses Einspruch erhoben.

## Neues vom Tage.

### Holland und der Kaiser.

**Paris, 27. Nov.** „Echo de Paris“ meldet aus London: In Beantwortung von Reklamationen der

Entente betreffend die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er tatsächlich abgedankt hat, nicht mehr als Mitglied der Armee und auch nicht mehr als interniert angesehen werden könne. Die holländische Regierung fügt hinzu, sie überwache den Kaiser streng, damit er das holländische Gebiet nicht verlassen könne. — „Kain“ erfährt aus London, daß die Alliierten hinsichtlich des Kaisers zu treffenden Maßnahmen sehr sorgfältig drücken, aber die Lage werde als heikel angesehen. Die holländische Auffassung sei, daß Personen, deren Auslieferung in Betracht komme, nicht ausgeliefert werden könnten, ohne Zustimmung des Landes, dessen Untertanen sie seien. Man hoffe, daß Holland seine Auffassung ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden.

## Erklärung Czernins.

**Wien, 27. Nov.** Graf Czernin erklärt: Herr Jassi erhält die Behauptung aufrecht, daß ein Friedensangebot Amerikas durch einen Vertrauensmann Wilsons erfolgt und von mir abgelehnt worden sei. Es handelt sich um einen der zahlreichen Fälle, wo eine Privatperson der Versuch unternahm, Frieden zu machen, ohne irgend einen Auftrag der gegnerischen Regierungen nachweisen zu können. Im vorliegenden Falle handelt es sich um den Großindustriellen Mehl. Mehl überbrachte mir kein Friedensangebot Amerikas oder einer anderen gegnerischen Regierung.

## Die Nationalwahlen in Oesterreich.

**Wien, 27. Nov.** In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Gesetzentwurf eingebracht durch den die verfassunggebende Nationalversammlung auf den 1. März 1919 nach Wien einberufen wird. Die Wahl wird auf einen Sonntag Ende Januar oder Anfang Februar ausgeschrieben werden. Der Entwurf der Wahlordnung beruht auf dem Proportionalsystem mit scheidender Teilweise. Insgesamt sind für alle Gebiete des Reichs 38 Wahlkreise vorgesehen mit 210 Mandaten, indem auf je 48000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Wahlberechtigt ist jeder deutsch-österreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der am Tage der Wahl großjährig ist, oder während der Jahre 1914 bis 1918 Hilfsdienst leistete. Wählbar ohne Unterschied des Geschlechts ist jeder wahlberechtigte deutsch-österreichische Staatsbürger, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat.

## Die englischen Wahlen.

**London, 27. Nov. (Reuter.)** Im Distrikt East Fife wird Asquith als Gegenkandidatin die Witwe des 1917 an der Front gefallenen Obersten Hope gegenübergestellt werden, welche die Hinrichtung des Kaisers verlangt.

**Boulogne, 27. Nov.** Der König von England ist heute nachmittag hier eingetroffen.

**London, 26. Nov. (Reuter.)** Donar Low sagte in einer Rede in Glasgow, er erwarte, daß ein besseres Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten hergestellt werde als es irgend vorher bestanden habe. England habe den Alliierten 20 Milliarden Mk. geliehen. Ohne diesen finanziellen Beitrag Englands würde der Sieg der Alliierten unmöglich gewesen sein. Es war ein großes Risiko. Kurz bevor Amerika am Kriege teilnahm, war das Risiko derart, daß kein vorsichtiger Kaufmann es hätte auf sich nehmen können.

## Wilson's Ziele.

**Wien, 27. Nov.** Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Bern: Nach der Chicagoer „Tribune“ hat Wilson fünf große Ziele im Auge: 1. den Völkerverbund; 2. die Abrüstung; 3. die Freiheit der Meere; 4. eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes; 5. Hilfe für Rußland. Wie die „Evening World“ aus Washington meldet, glaubt man dort, daß Wilson zum ersten Präsidenten des Völkerverbundes gewählt werde.

## Baden.

### Willkommgruß an die Heimkehrenden:

(-) Karlsruhe, 26. Nov. Das stello. Generalkommando des 14. A. K. und das Ministerium für militärische Angelegenheiten richten in dem neuesten Korpsverordnungsblatt folgenden Willkommgruß an die zurückkehrenden Soldaten:

Den heimkehrenden Feldtruppen zum Gruß! Ueber vier Jahre habt Ihr im heldenmütigen Ringen die Heimat beschützt. Unverwundlich werden Eure Toten in der Geschichte fortleben. Bei der Rückkehr in die Heimat erbitet Euch das freie deutsche Vaterland herzlichen Willkommgruß und innigsten Dank! Auch in der Heimat werden wieder große und schwierige Aufgaben an Euch herangetragen. Es gilt, unser Staats- und Wirtschaftsleben neu aufzubauen, um möglichst rasch zur geordneten Friedenswirtschaft zu gelangen. Voraussetzung hierfür ist eine geregelte Demobilisierung. Fügt Euch darum willig den hierüber ergangenen Anordnungen. Keiner verlasse etwa eigenmächtig seinen Platz, jeder warte, bis er ordnungsmäßig entlassen wird. Ihr dürft überzeugt sein, daß die Entlassungen so rasch als irgend möglich durchgeführt werden. Was unserem Vaterlande jetzt in erster Linie nützt, ist Ruhe und Ordnung. Die Heimat rechnet darauf, daß die heimkehrenden Truppen an diesen Fundamenten jedes staatlichen Lebens nicht rütteln. Nur dann werden die Feinde mit uns Frieden schließen, nur dann wird es möglich sein, die schweren Schäden zu heilen, die der Krieg unserem Vaterland und uns geschlagen.

### Politische Vorgänge in Baden.

In Karlsruhe hat sich ein Ausschuß gebildet, der die bürgerlichen Elemente zu einer einheitlichen Wahlbestätigung bringen will. Mit der Führung der Angelegenheit ist der Leiter der Geschäftsstelle des „Bundes für deutsche Familie und Volkskraft“ in Karlsruhe beauftragt worden.

In Rastatt hat der dortige nationalliberale Verein eine Entschlüsselung angenommen, in welcher die Parteileitung in Karlsruhe ersucht wird, im Hinblick auf die großen Umwälzungen auf politischem Gebiet mit der „mittlichen Volkspartei, behufs Gründung einer neuen Deutschen Volkspartei in Verbindung zu treten“.

Die in Freiburg erscheinende „Freisgauer Zeitung“ hat sich der neuen demokratischen Partei als Presseorgan zur Verfügung gestellt.

**Zuschlag zu der Kriegszulage und Erhöhung des Kriegslohnzuschlags.**

(-) **Karlsruhe, 27. Nov.** Die Karlsruher Ztg. erzählt, wird der Kriegszulagenschlag der ständigen Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung mit Wirkung vom 1. Dezember ds. Js. an bis auf weiteres um täglich 2 Mark, berechnete der jugendlichen Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren um täglich 1 Mark erhöht werden. Diejenigen vollbeschäftigten Beamten, Bediensteten und Lehrer (mit Einschluß der im staatl. Dienst oder wiederverwendeten vollbeschäftigten Ruhegehaltsempfänger), denen aus staatl. Mitteln eine Kriegszulage bewilligt ist, werden bis zur Neuordnung der Gehalte und aller Feuerungsbezüge einen jederzeit widerruflichen, der Erhöhung des Kriegszulagenschlags der ständigen Arbeiter entsprechenden Zuschlag zu der Kriegszulage erhalten. Die den zurückgesetzten Beamten und Lehrern und den Hinterbliebenen von Beamten und Lehrern bewilligten Kriegszulagenbeiträgen werden, soweit erforderlich, ebenfalls angemessen erhöht werden.

(-) **Mannheim, 27. Nov.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Ausübung der Rheinschiffahrt durch den Waffenstillstand nicht behindert wird. Der Oberbefehlshaber der Allierten besitzt allerdings über die Rheinschiffahrt ein Kontrollrecht. — Wegen geringer Kohlenzufuhr hat der A. u. S. R. bestimmt, daß in allen Südos nur noch von morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet werden darf.

(-) **Mannheim, 27. Nov.** Wegen Höchstpreisüberschreitung im Handel mit Lebensmitteln standen der Gutspächter Christ. Schowalter von Rosenhof bei Ladenburg und sein Bruder, der Kaufmann Heinr. Schowalter aus Alsheim vor der Strafkammer. Der Letzgenannte hatte als Aufkäufer für die Stadt Essen von seinem Bruder landw. Erzeugnisse gekauft und bedeutende Preise dafür bezahlt. Es wurde bis zum Doppelten über dem Höchstpreis bezahlt. Gutspächter Schowalter wurde zu 10000 Mark Geldstrafe verurteilt; der unrechtmäßige Gewinn in Höhe von 15932 Mark wurde eingezogen. Sein Bruder wurde freigesprochen, da er aus humanitären Gründen gehandelt habe.

(-) **Heidelberg, 28. Nov.** Das Heidelberger Bataillon der 110er hat seine Garnison wieder bezogen.

(-) **Konstanz, 27. Nov.** Die Demobilisierung der schweizerischen Truppen an der badisch-schweizerischen Grenze steht bevor. Zur Bekämpfung des Schmuggels soll ein Grenzwachtkorps aus Freiwilligen gebildet werden.

## Württemberg.

(-) **Stuttgart, 28. Nov.** (Einzug.) Das Landwehrregiment Nr. 119 wird am 4. Dezember mittags hier eintreffen.

(-) **Stuttgart, 28. Nov.** Aus dem Parteileben. Nach dem „N. Tagblatt“ hat sich der liberale Führer und Minister der prov. Regierung Baumann für den Eintritt der Nationalliberalen in die Deutsche demokratische Partei ausgesprochen. Den gleichen Standpunkt vertritt in einer Versammlung in Ulm, in der Abg. Paulmann sprach, der nationalliberale Abg. Wieland in Ulm.

(-) **Stuttgart, 28. Nov.** (Zeitgemäße Frage n.) Der Vorsitzende der vorläufigen württemb. Regierung, Genosse Bloss, hat einem Vertreter der „Schw. Tagwacht“ versichert, die Beschaffung von Arbeit sei in so gewaltigem Umfang vorbereitet, daß in Württemberg keine Arbeitslosigkeit in größerem Maße zu befürchten sei. Die Arbeitslosenversicherung werde für die in verkürzten Zeiten Beschäftigten in stärkstem Umfang ausgebaut. Die Wahlen für die verfassunggebende württembergische Versammlung können etwa Mitte Januar 1919 stattfinden. Der Entwurf des neuen Wahlgesetzes sei im wesentlichen fertiggestellt. Die Regierung werde durch einen Sachausschuß eine neue Verfassung ausarbeiten lassen, die der Landesversammlung vorgelegt werden soll.

(-) **Stuttgart, 27. Nov.** (Soldatenrat.) Eine Entschlüsselung des Soldatenrats Stuttgart vom 27. Nov. verlangt die baldige Einberufung der Nationalversammlung und lehnt jeden Versuch einer Diktatur entschieden ab.

(-) **Stuttgart, 28. Nov.** (Lohnzahlung für den 9. November.) Vom Arbeitsministerium wurde verfügt: 1. Allen Arbeitnehmern, die am 9. November 1918 die Arbeit eingestellt haben, ist der Lohn für diesen Tag vom Arbeitgeber auszusuchen. 2. Allen Arbeitnehmern, die zurzeit in den Arbeiterräten der einzelnen Betriebe tätig sind, ist für diese Tätigkeit der bisherige Lohn weiterzuzahlen.

(-) **Stuttgart, 25. Nov.** (Ernennung.) D. Dr. Schoell, der neue Generalsuperintendent von Neutlingen, von dessen Ernennung wir bereits meldeten, kommt aus Friedberg in Hessen, wo er seit 1907 am Predigerseminar, zuerst als Professor und dann als Direktor wirkte. Er ist aber ein guter Schwabe, aus einer Bauernfamilie in Böhringen auf der Alb stammend, in unserem Land weit bekannt und hoch geschätzt. In Neutlingen insbesondere, wo er 10 Jahre (1894 f. 1904) in ungemein segensreicher Tätigkeit stand, ist der klare, kernige Prediger, der Freund der Jugend und des kleinen Mannes, der Förderer edler geistigen Lebens noch unvergessen. Durch seine rege Mitarbeit an der Spitze der evang. Arbeitervereine wurde D. Dr. Schoell bald weiter in den sozial gerichteten Kreisen des Landes bekannt.

(-) **Stuttgart, 28. Nov.** (Todesfall.) Der frühere Präsident der evangel. Landesinnode und Präsi-

dent des Staatsgerichtshofs August v. Vandenker in im Alter von 90 Jahren gestorben.

(-) **Heilbronn, 28. Nov.** (Fetter Diebstahl.) Aus einem Lagerhaus am Winterhafen wurden vor einigen Tagen zur Nachtzeit 120 Liter Speiseöl gestohlen.

(-) **Leonberg, 28. Nov.** (Heimgelahrt.) 7 Landsturm-Bataillon Leonberg ist am Dienstag, Freitag begrußt, hier eingezogen. Unterwegs ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Beim Einmarsch in Trier waren Ehrenporten mit roten Fahnen errichtet. Der Bataillonsführer weigerte sich, durch die Porten einzumarschieren. Darauf wurden die Fahnen entfernt und der Einzug wurde fortgesetzt.

(-) **Calw, 27. Nov.** (Kriegsopfer.) Die Zahl der Gefallenen beträgt in unserer Stadt 43 und die der Vermissten 14.

(-) **Göppingen, 27. Nov.** (Steuerhinterziehung.) Von der Strafkammer Ulm wurde ein hiesiger Gewerbetreibender wegen Abgabe einer zu niedrigen Warenumschlagstempelsumme zu der Geldstrafe von 10500 Mk. verurteilt. Gegen den Verurteilten des Gewerbetreibenden, der bei der Abgabe der falschen Anmeldung behilflich gewesen war, wurde von der Strafkammer wegen Beihilfe auf eine Geldstrafe von 1000 Mk. erkannt.

(-) **Gmünd, 27. Nov.** (Schutz des Privateigentums.) Der Soldatenrat Gmünd entsandte nach der „G. Ztg.“ gestern ein Kommando Soldaten nach Döngdorf, das die Güter des Grafen Reckberg-Notthelfen gegen die Beschlagnahmeverfuche des dortigen Arbeiter- und Bauernrats schützen wird.

(-) **Nürtingen, 28. Nov.** (Einbruch.) In der Trikotfabrik Linienhofen wurde eingebrochen und ein ganzer Zentner Garn, sowie fertige Waren gestohlen. Der Schaden ist bedeutend.

(-) **Krag, 28. Nov.** (Bauernversammlung.) (Diebesbande.) Eine Versammlung von Bauern und Freunden des Bauernrates war sehr zahlreich besucht. Ostertag-Vorlesungen sprach über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Bauern. Einzelne Redner gerieten bei der Frage, welcher Partei man sich anschließen wolle, scharf aneinander. Eine Einigung wurde darin erzielt, daß in jeder Gemeinde ein Bauernrat gewählt werden solle; in den meisten Gemeinden ist das geschehen. Ostertag-Vorlesungen wurde beantragt, die Vorlesungen des Bauernrats der einzelnen Gemeinden zu einer Versammlung einzuberufen zwecks Gründung eines Ausschusses des Bauernrats für den Bezirk.

(-) **Neutlingen, 27. Nov.** (Totgedrückt.) In Gomaringen hat ein Knabe beim Düngführen mit dem Fuhrwerk umgeworfen und ist von seinem Wagen totgedrückt worden. Das Pferd wurde gerettet.

(-) **Tübingen, 27. Nov.** (Militärdiebstahl.) Der Stappenspektion 18 sind in den letzten Tagen fünf Autos, und zwar vier offene Halbkarren und eine geschlossene Chaise aus dem Exerzierhaus des Infanterie-Regiments 180 gestohlen.

(-) **Kottenburg, 28. Nov.** (Brand.) In der Lagerbierkellerei De & Komp. (Karmeliterbräu) brach gestern früh Feuer aus. Durch Explosion einer Kohlen säureflasche wurden der Bauer W. Widmayer und seine Frau getötet. Ein Feuerwehrmann wurde durch stürzendes Gebälk verletzt. Mit dem Kellergebäude fielen einige hundert Zentner Haber, sowie Heu, Stroh und Hopfen den Flammen zum Opfer.

(-) **Leutkirch, 28. Nov.** (Soldatenversammlung.) Eine Versammlung der hiesigen Garnison (württ. Gebirgsjägerregiment) beschloß einstimmig, die Einberufung der Nationalversammlung zu verlangen. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat habe kein Recht, im Namen der deutschen Republik zu sprechen.

## Mutmaßliches Wetter.

Der Lustdunst beginnt wieder anzusteigen. Da aber die Störungen fortbauern, ist am Samstag und Sonntag nebliges und mit Schneefällen verbundenen Wetter zu erwarten.

— **Die Pressefreiheit.** Durch W. B. wird mitgeteilt: Der Rat der Volksbeauftragten hat sofort bei Uebernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet. Es ist deshalb unzulässig, daß von Arbeiter- und Soldatenräten oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

— **Postverkehr.** Die militärische Ueberwachung des inländischen Postverkehrs der deutschen Grenzgebiete ist allgemein aufgehoben worden. Alle Briefe können daher in diesen Gebieten — ausgenommen Elsaß-Lothringen — wieder verschlossen ausgeliefert werden, desgleichen berartige Briefe nach den in den Besatzbereichen der Festungen Straßburg (Elsaß) und Neubreisach liegenden badischen Orten.

— **Wiederanstellung der Ausmarschiereten.** Der württ. Handelskammerrat hat mit dem Ausschuh der Angestelltenverbände vereinbart: Den heimkehrenden Kriegern sollen in erster Linie Plaz machen selbständige Gewerbetreibende, die inzwischen in irgend eine Stellung gegangen sind, ferner solche, die vor dem Kriege keine ausschließliche Bureautätigkeit ausübten, darunter namentlich solche, die im Haushalt, in Ladengeschäften und in der Landwirtschaft vorher beschäftigt waren; weiterhin Ehefrauen, deren Männer, sowie Jugendliche, deren Eltern wieder verdienen, und ältere weibliche Kräfte, die in die Familie zurücktreten können; ferner auch Ortsfremde, die in der alten Heimat unterkommen können. Die Arbeitgeber sollen diesen ausscheidenden Arbeitkräften, soweit wirkliches Bedürfnis oder Not vorliegt, nach Möglichkeit finanzielle Erleichterungen für die Uebergangszeit gewähren. Maßgebend für die Wiederanstellung ist die Stellung, die der Angestellte am 1. August 1914 innehatte. Dort hat er sich zu melden. Der Wiedereinstellende soll mindestens nicht schlechter bezahlt werden als sein Ertragsmann. Ist zurzeit die volle oder wenigstens teilweise Beschäftigung nicht möglich, so sollte, wenn irgend möglich, durch Gewährung von Zulagen dem Angestellten an Gehalt mindestens so viel ausgeworfen werden, daß er, zusammen mit der Reichsunterstützung, bis zur Wiederbeschäftigung unter den derzeitigen Lebensver-

hältnissen angemessen bestehen kann. Verdienstmäßigungen aus Anlaß der derzeitigen Verfügung der Arbeitszeit sollten nicht erfolgen.

— **Viehählung.** Am 4. Dezember wird eine allgemeine Viehhählung durchgeführt. Die Hählung erstreckt sich auf Pferde, Giel, Maultiere, Maulesel, Hindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Vögel (Gänse, Enten, Hühner) und Kaninchen (Stallhasen).

— **Das Sudelwetter.** Eine gutherzige Frau jammerte zu einem eben vom Feld heimgekehrten Soldaten über das schlechte Wetter. Sie könne gar nicht sagen wie sie die armen Soldaten bedauere, die in solchem Wetter marschieren müssen. Da lachte der Feldgrau laut auf: „Sind sie so ganz zriede, liebe Frau. Da Soldat, wo drauße in den Schützengräben glege sein und alle die Schlachte mitmacht habe, die scheniert das bißle Rege net. Aber daß der Dode sei Feuchtigkeit die de Winter kriegt und daß d'Männ' Input werbet, des freud de Soldate so, daß er gern de Dred an de Stiesel zu zu nimmt.“ — Die Frau machte große Augen. Das hatte sie nicht gemußt. Aber der Feldgrau im trübenden Wetter hatte daran gedacht.

## Die Sozialisierung der Betriebe.

**Berlin, 28. Nov.** Der Vollzugsrat der A. S. A. Groß-Berlin gibt bekannt: Für Wahrechnung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten wird innerhalb eines Betriebs ein Betriebsrat gewählt. In Großbetrieben erfolgt die Wahl abteilungsweise und zwar wählen bis zu 100 Beschäftigte ein Mitglied, Betriebe bis zu 500 Beschäftigten wählen je nach der Zahl der Beschäftigten bis zu 5 Mitgliedern. In alle Betriebsräte sind Erfahrungsleute zu wählen. Die Wahlen erfolgen unter Kontrolle der freien Gewerkschaften. Die Betriebsräte haben gemeinsam mit den Betriebsleitungen, bezw. der Direktion alle die Arbeiter und Angestellten betreffenden Fragen zu regeln. Alle anderen Fragen unterliegen nicht dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten haben sich die Betriebsräte mit den freien Gewerkschaften zu verständigen. Führen die Verhandlungen der Betriebsräte mit der Betriebsleitung bezw. Direktion zu Differenzen, so müssen, bevor die Arbeiterschaft weitere Schritte unternimmt, die Gewerkschaften zugezogen werden. Sie unterliegen der Kontrolle des Vollzugsrats der A. S. A. Groß-Berlins. Die Sozialisierung der Betriebe darf nur von der sozialistischen Regierung vorgenommen werden. Die Frage der Arbeit und der Arbeit kann im gegenwärtigen Augenblick grundsätzlich nicht geregelt werden. Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit dürfen Entlassungen nicht erfolgen, bevor die Arbeitszeit bis zu 4 Stunden herabgesetzt ist. Der Lohnausfall wird durch die Arbeitslosenfürsorge geregelt. Bestimmungen über Vornahme der Wahlen werden demnächst bekannt gegeben.

**Spargenplage und Spargenbraten!** In manchen Gegenden hat die Spargenplage einen Umfang angenommen, der unsere Volkernahrung beeinträchtigt. Es wird berichtet, daß in einer Gegend infolge der Spargenplage kaum die Ausaat geerntet worden sei. Der Sparg ist Körnerfresser. Sein Fleisch stellt, besonders wenn der Jung oder Abbruch zu Beginn des Winters geschieht, ein sehr schmackhaftes Nahrungsmittel dar, das sicher noch leichter als dies bereits bei den Saatkrähen geschieht, in den Städten Absatz finden wird. Bei der jetzigen Lage des Fleischmarktes ist auch der kleinste Gewinn willkommen. Von der allgemeinen Kupferrückbildung der gezeugenen oder geschöpften Sperrlinge für die Ernährung wohl ein gesteigerter Anreiz zu ihrer Vertilgung zu hoffen. — Der preussische Minister für Landwirtschaft, beabsichtigt, Anordnungen an die nachgeordneten Behörden zur Bekämpfung der Spargenplage zu erlassen.

## Kurzer Wochenbericht

der Verkehrsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 20. bis 26. November 1918.

Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag hat die bisherige Festsetzung des Kartoffelhöchstpreises in der Weise abgeändert, daß der Höchstpreis für die an die A. G. B. abgelieferten Kartoffeln auf Nr. 24 für den 1. (— 13,25 Mk.) festgesetzt wird. Dieser Preis bezieht sich auch auf Kartoffeln, die der A. G. B. schon vom 4. September an geliefert wurden und wird nachträglich angezahlt. (Umrechnung zu dem jetzigen Kurs von 55,25 Mk.)

In Böhmen beschloß die Verwaltungskommission der Landes-Getreide-Verkehrsanstalt auf Anregung der Agrarpartei die Kopplante an Malzprodukten (einschließlich Brot) für Selbstversorger und Schwerarbeiter auf 450 Gramm Mehl pro Tag, für die übrige Bevölkerung auf 300 Gr. Mehl pro Tag, desgleichen die Kartoffelquote für Selbstversorger auf 150 Kg. pro Jahr, für Schwerarbeiter auf 3 Kg. pro Woche, sonst auf 2 Kg. pro Woche zu erhöhen.

In Ungarn hat die Regierung die Freigabe des Verkehrs in Magerfleischern verfügt. Gleichzeitig ist die Sperre von Raufutter, sowie von Sommerstroh, Bruch und Spreu aufgehoben worden, so daß diese Waren wieder Gegenstand des freien Verkehrs sind. Eine Ausnahme bilden nur die für die Rinder oder für öffentliche Betriebe requirierten Bestände, die auch weiter gesperrt und zur Verfügung des Ackerbauministers bleiben.

Nach russischen Zeitungen hat der Viehstand während des Kriegs eine starke Verminderung erlitten, die in den Gouvernements Pskow und Nowgorod etwa ein Drittel oder gar die Hälfte des früheren Bestands ausmacht. Die Viehzüchtung in Pskow war folgende: bei Schafzucht von 371 Mt. im Jahre 1917 auf 2830 Mt. im Jahre 1918, Wollschaf von 392 Mt. auf 2663 Mt., Schafe von 38 Mt. auf 273 Mt., ungemästete Schweine von 236 Mt. auf 321 Mt., Arbeitspferde von 376 Mt. auf 1618 Mt. Bei den Umrechnungen ist der Rubel zu 1 Mark gerechnet.)

## Bethmann Hollweg über die Münchener Enthüllungen.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg empfing einen Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.“, dem er über die Veröffentlichung der Münchener diplomatischen Schriftstücke durch Eisner u. a. erklärte:

Wir scheinen, daß, wenn man der Wahrheit dienen will, man nicht Bruchstücke herausgreifen und daraus Gesamtfolgerungen ziehen darf. Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtlage noch die Vorgänge, die sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben. Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich zugestimmt haben, als es nach dem Attentat von Serajevo ein Vorgehen gegen Serbien für notwendig hielt und daß wir uns zur Erfüllung unserer Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Verbindungen ergeben sollten. Wir haben deshalb nie, also auch nicht durch den Hinweis auf die Nordlandreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, daß wir durch die Handlung Oesterreichs überrascht wurden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Abendung nicht gekannt. Ich habe das Ultimatum, nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten.

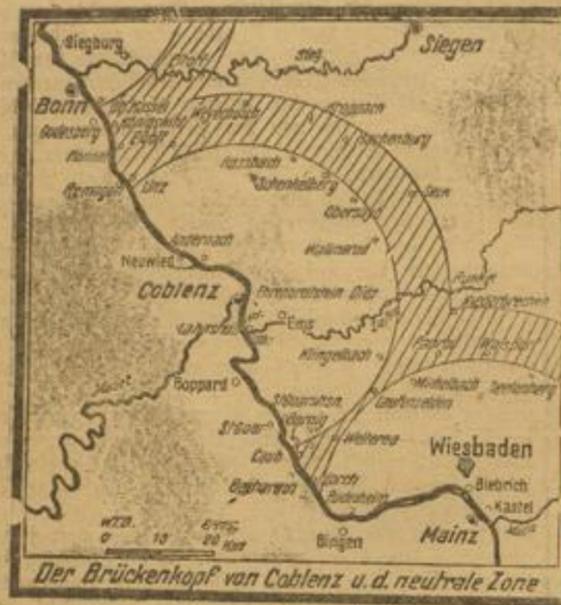
Wie war die politische Gesamtlage? Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, daß die ganze Politik Frankreichs seit 1871 unveränderlich auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, diejenige Russlands auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Russland betrieb zugleich in Verbindung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine planmäßige Ausdehnung der Stellung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten. Beide Mächte erfreuten sich in ihrer gesamten Politik der ausgesprochenen Unterstützung Englands.

Daß diese Lage für Deutschland lebensgefährlich war und immer gefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Antriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand. Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten Haltung. Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, hat Sie Eduard Grey unterstützt.

Geschickert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein, worüber im deutschen Reichsbuch ausführlich berichtet worden ist. Ferner beruft sich Bethmann Hollweg auf die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses. Und die Schuld am Kriege aufzubürden, heißt Gegner für schuldlos erklären, die jahzehntelange vereinigte Pläne schmiedeten, die sie nur durch kriegerische Explosion verwirklichen konnten, es uns aber verwehren, uns dagegen anzuklagen. Das ist unredlich. Tragisch ist, daß trotz dieser Tatsache die Schuld Deutschlands zur Ueberzeugung fast der ganzen Welt geworden ist.

Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ob die bayerische Regierung den jetzigen Augenblick zu ihrer Veröffentlichung richtig gewählt hat, kann ich nicht beurteilen, weil mir die Beweggründe unbekannt sind. Ich fürchte, aus einseitigen bruchstückweisen Veröffentlichungen kann eine Verwirrung entstehen, und ich zweifle, ob es richtig ist, in diesem Augenblick, wo wir dem Frieden entgegen gehen sollen, die Leidenschaft herauszureißen.

Bezüglich Elsaß-Lothringens sagte Herr v. Bethmann Hollweg: Unsere Schuld erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, die seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich verpassen ließ. Vor allem aber müssen wir zugeben, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gebahrens zu kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, die die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Herausforderung gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland den größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in die verhängnisvolle Lage gestürzt hat, dazu mannigfache Mängel in unserer inneren Politik.



Der Brückenkopf von Coblenz u. d. neutrale Zone

## Vermischtes.

Zur Verhaftung des Generals Krafft von Dellmensingen wird berichtet: Als am 8. November in München die Revolution ausgebrochen war, telegraphierte der bayerische General Krafft von Dellmensingen von Ulm aus an das Große Hauptquartier, man möge ihm zwei zuverlässige Divisionen überlassen, um die Revolution in Bayern zu unterdrücken. Aber in Württemberg wurde der Telegraph bereits von dem Arbeiter- und Soldatenrat kontrolliert. Der Rat veranlaßte daher die Verhaftung des Generals und seiner Gemahlin und ließ sie nach München verbringen. Nach neuester Meldung ist der General nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — General Krafft von Dellmensingen, aus einer Ulmer Familie stammend, ist der siegreiche Führer der bayerischen Truppen in Siebenbürgen und in den Karpathen. Er hat in schwierigen Kämpfen den Roten Turmpaß erobert.

Stiftung der Kronprinzessin. Die Kronprinzessin Cecilie hat vor ihrer Abreise nach Kopenhagen von ihrem Landgut Cäcilienhof bei Potsdam mehrere Zentner Weizenmehl und einige hundert Glas Honig dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt, um den Kindern von Potsdamer Kriegern auf Weihnachten Honigkuchen backen zu lassen.

Auf der Heimfahrt verunglückt. Als ein Militärzug auf der Strecke Duisburg-Dorsten durch einen Tunnel fuhr, wurden fünf auf den Wagendächern liegende Soldaten herabgeschleudert und getötet.

Veruntreuung. Der vom Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel eingesezte Bahnhofskommandant Möhler wurde wegen des Verdachts der Veruntreuung seines Postens entbunden. Der Verhaftung entzog er sich durch die Flucht und nahm wichtige Papiere mit.

Die amerikanische Ernte soll nach einem Bericht aus Minnesota in diesem Jahre die größte sein, die je eingeheimst wurde. (?) Die Qualität sei ungewöhnlich gut.

Wegen des Kohlennot hat das Württ. Arbeitsministerium die Arbeitszeit für Betriebe, die Elektrizität oder Kohlen brauchen, für Schulen, Kanzleien usw. auf 9 bis 2 Uhr festgelegt. Läden dürfen bis 4 Uhr offen gehalten werden. Die Polizeistunde ist im ganzen Land auf 9 Uhr abends angelegt, die Straßenbeleuchtung und der Straßenbahnverkehr sind um 10 Uhr einzustellen. Anpassung des Eisenbahnverkehrs ist vorbehalten.

Verkauf von Pferden, Fuhrwerken usw. Am Donnerstag, den 28. Nov. werden in Heilbronn a. N. im Schlachtviehhof, in Neckarhulm, in Gundelsheim, in Jagstfeld und in Willsbach, Oberamts Weinsberg, am Freitag, den 29. Nov. und am Samstag, den 30. Nov. in Dehringen, in Sindringen und Neuenstein Oberamts Dehringen, sowie in Hall und Künzelsau mehrere tausend Pferde, sowie auch Maultiere und Esel, weitere Wagen, Gerätschaften (insbesondere Nähmaschinen und Häckselmächinen), Sattelzeug von einer österreichischen Infanterie-Division gegen Barzahlung verkauft werden. Kreditsanleihe wird von den Oesterreichern nicht angenommen.

Denkmalschändung. Aus Straßburg kommt die Nachricht, daß dort in einer der letzten Nächte von einer größeren Menschenmenge die das Denkmal Kaiser Wilhelm I. umgebende Säulenumhüllung erbrochen und das Denkmal mittelst eines Seiles vom Sockel gezogen wurde. Die gewaltige Figur fiel mit ungeheurer Wucht auf die Laub- u. des Fundaments. Mit Hammer und Meißel wurde dann Stück um Stück von dem viele Zentner schweren Pferdeköper abgeschlagen und die Figur zerstört. Die Schar schleifte dann an einem langen Seil den Broncekopf vom Kaiserdenkmal über das Pflaster und legte ihn unter dem Jubel der Menge dieses nächtlichen Vorfalls zu Füßen des Niederdenkmals. Später zog die Menge vor das Hauptpostgebäude, um dort den Kaiserstandbildern der Hauptfassade das gleiche Schicksal zu bereiten. Die Standbilder waren aber zu hoch und für die Menge nicht zu erreichen.

Wellenverkehr. Einem Amsterdamer Blatt zufolge hat der Vorsitzende der Flugzeug-Reise- und Transport-Gesellschaft erklärt, die Gesellschaft sei im Begriff, eine Kette von Zwischenstationen über die ganze Welt für Post- und Reisenden-Verkehr zu errichten.

Verhafteter Millionendieb. In Königsberg (Ostpreußen) wurde in der Revolutionsnacht auch der wegen großer Morphiumschwindereien im Gefängnis sitzende Bizefeldwebel Knorr, der frühere Kellner und Vorläufer im Hofschloßpalast war, verhaftet. Knorr benutzte seine Freiheit dazu, um sich unter dem Namen eines mit ihm befreundeten, auf dem Königsberger Gouvernament eine Vertrauensstellung innehabenden Soldaten eines Transportes von 5 1/2 Millionen Mk. in Oesternoten und Silbergeld, der von Grodno über Goldap nach Augustowo geleitet werden sollte, unter dem Vorgeben, er sei Mitglied des Goldaber Soldatenrats, zu bemächtigen. Es gelang, den Millionendieb zu fassen und ihm seine Beute, an der jedoch bereits 40000 Mk. fehlten abzunehmen und das Geld für den Staat zu retten.

## Unruhen in Chile?

Sima, 28. Nov. (Savas.) Sehr ernste Unruhen sind in den Häfen von Iquique und Pisagua in der Provinz Tarapaca ausgebrochen. Das Eigentum zahlreicher Peruaner wurde geplündert. Auch in Antofagasta haben Kundgebungen stattgefunden. Peru hat seine Konsuln aus Chile abberufen. Nach der „Times“ ist in Valparaiso am Samstag ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. In Santiago de Chile forderte eine Massenversammlung Maßregeln zur Ermäßigung der Lebensmittelpreise.

Der Streitfall zwischen Chile und Peru ist beigelegt worden.

Evang. Jünglingsverein. Freitag, 29. November abends 8 1/2 Uhr Spiel und Bibelstunde.

Sonntag, den 1. Dezember nachm. 4 Uhr Vereinsstunde.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt selbst

## Brotkarten.

Die Abgabe der Brotkarten usw. erfolgt am Samstag den 30. Nov.

vormittags 8—12 Uhr für 1—500.

nachmittags 2—6 Uhr 501—Schluß

Auf Marke D wird bei den Mehlhändler Roggenmehl abgegeben.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

## Bekanntmachung.

Die vom Felde zurückgekehrten Arbeiter werden gebeten zwecks Eintragung ihrer Militärdienstzeit in die Quittungskarten, ihre Militärpässe und die letzte Aufrechnungsbescheinigung bei der unterzeichneten Behörde vorzuzeigen.

Wildbad, den 29. Nov. 1918.

Ortsbehörde f. d. Arbeiterversicherung

in Wildbad. Edelmann.

**Blühende Topfpflanzen**  
Zimmerjarne, junge Palmen  
und Arankarien verkauft  
G. Fraas, Gärtnerin  
Söfen Telf. Nr. 28.

## Klavierstimmer

kommt in den nächsten Tagen nach Wildbad und Umgegend.  
Aufträge erbeten an  
Hans Hans Faller, Pforzheim Westliche 30.

Wir übernehmen  
**Mäntel, Zinsscheine**  
und ganze Stücke von  
**Wertpapieren**  
als offene Depots

zur Verwahrung in feuer- und diebesicherer Stahlkammer  
und  
zur Verwaltung mit Einlösung der Zinsscheine, Ueberwachung der Verlosung, Einzug fälliger Stücke, Beschaffung neuer Zinsschein-Bogen und dergl.

Wir geben gerne nähere Auskunft am S. 1111er.

## Stahl & Federer

Aktiengesellschaft  
Filiale Wildbad.

Heilt den Verwundeten!  
**Württ. Rote Kreuz-Geld-Lotterie**  
Ziehung 4. Decbr. 1918.  
2400 nur bare Geldgewinne zusammen Mark  
**58000**  
Hauptgewinn Mk.  
**25000**  
**10000**  
Lose zu 3 Mark.  
6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk., Porto 6 Lose 40 Pf. Zu besch. durch alle Verkaufsstellen u. Lotterei-Einnahmestellen  
**J. Schweickert**  
Stuttgart, Markt 6  
Fernsprecher 1921

Hier bei den bekannnten Verkaufsstellen.

**4 Zimmerwohnung,**  
oder größere 3 Zimmer-  
wohnung, in schöner Lage  
unmöbliert, auf 1. Januar ge-  
sucht.  
Angebote mit Angabe von  
Preis und Lage an die Exped.  
ds. Blattes. [190]

Einen schwarzen

## Damenrock

für Konfirmandin geeignet hat  
zu verkaufen.  
Wer sagt die Exped. [189]

## Frau oder Mädchen

für 2—3 Stunden Haushalt-  
arbeit jeden Morgen gesucht.  
**Müller-Schöber**  
Villa Graf Nepekin

## Gesucht.

wird für einzelne Dame eine  
**3, 4 Zimmerwohnung**  
in freier Lage, in neuem  
Haus, auf 1. April oder früher.  
Angebote mit Preisangabe an  
die Exped. d. Bl. erbeten.

## Mädchen-

## Gesuch

Zum baldigem Eintritt in  
eine Villa wird ein ordentliches  
**Mädchen** gesucht.  
Wer sagt die Exped. [186]